

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblam 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir zugleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Berichten, aus den lokalen und provinziellen Begebenheiten, die Schnelligkeit unserer Telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffahrtsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebermittlung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatte auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fondsbörse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das allerschnellste übermitteln.

Die Redaktion.

Bum Geburtstage des Reichskanzlers.

31. März.
Heute vollendet der dritte deutsche Reichskanzler, Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, sein 78. Lebensjahr. Seit dem 28. Oktober 1894 waltet er seines arbeitsreichen und verantwortungsvollen Amtes an der Spitze der preussischen und des Reichsgeschäfts; in einem Alter, das nur wenigen Menschen zu erreichen vergönnt ist, wurde er von seinem kaiserlichen Herrn dazu berufen. Pflichttreue und Opferfreudigkeit waren es ausschließlich, die ihn dem kaiserlichen Rufe folgen ließen. Wer auf das für das Vaterland so gegenwärtige Leben des Fürsten Hohenlohe zurückblickt, muß anerkennen, daß der Kaiser in seinem Großherrscher den rechten Mann an die rechte Stelle gesetzt hat, und am heutigen Tage wird allseitig der Wunsch gehegt, daß es diesem vieljährigen und erfolgreichen Staatsmann noch lange beschieden sein möge, mit seiner ruhig abwägenden und doch festen Hand das Staatsgeschick durch die vielen Klippen zu steuern, die in sein Fahrwasser hineinragen. Daß diese Hand fest und energig zu greifen vermag, davon hat die Welt wiederholt lebende Beispiele gesehen. Der Dreißigjährige Krieg, in einer Reihe wichtiger Fragen, in Armenien, in Ostasien, in Ägypten und neuerdings Griechenland, gegenüber ist Deutschlands Entscheidung maßgebend gewesen. Die hervorragenden Eigenschaften des Fürsten Hohenlohe rechtfertigen in hohem Maße das Vertrauen, das man der Politik unseres leitenden Staatsmannes entgegenbringt. Selbst in solchen Zeiten, wie die Gegenwart, wo sich schwere Wolken über dem Orient zusammengeballt haben, befähigt sich dieses Vertrauen in der allseitigen festen Zuversicht auf die Erhaltung des Friedens. In der ganzen Welt zweifelt niemand mehr, daß Deutschland der Träger und Förderer eines dauernden und ehrenvollen europäischen Friedens ist. Nicht minder zeigt sich in der inneren Politik des Reiches und Preussens die glückliche und verschönernde Hand des Fürsten Hohenlohe. Als er seine jetzigen hohen Ämter übernahm, waren die politischen und wirtschaftlichen Gegensätze der Parteien scharf zugehrt. Wenn diese Gegensätze, entsprechend den Voraussetzungen ihres Ursprungs auch heute noch bestehen, so haben sie doch dank der geschickten diplomatischen Kunst des Fürsten Hohenlohe einen großen Teil ihrer Schärfe verloren. Der konstitutionelle Vordenker ist wesentlich gelindert; die unausgeglichenen Vermittlungen zur Lösung der landwirtschaftlichen Notlage, zur Förderung des Handels, der Industrie und des gewerblichen Mittelstandes sind nicht erfolglos gewesen. Daß diese Verdienste unseres Reichskanzlers in den weitesten Kreisen unseres Volkes dankbar anerkannt werden, ist, wie er in seinen hohen Ämtern nicht verfehlen hat, hat das hat die rege Theilnahme gezeigt, die ihm und seiner Familie an seinem goldenen Hochzeitstage am letzten 16. Februar von allen Seiten erwiesen ist. An diesem Inbegriff, sowie jüngst bei der Hundertjahrfeier hat man Gelegenheit gehabt, die große Fröhen und Mäßigkeit dieses Vornehmen, beschiedenen, nie ermüdeten Staatsmannes zu bewundern. Möge es dem Fürsten Hohenlohe noch lange Jahre vergönnt sein, im Dienste seines Kaisers und des deutschen Volkes zu wirken!

Deutscher Reichstag.

201. Plenarsitzung vom 30. März, 1 Uhr.

Auf der Tages-Ordnung steht die Besprechung der Interpellation von Czarkinski betr. die Auflösung von (polnisch sprechenden) Wählerversammlungen.
Abg. Körner (Ztr.): Der Herr Staatssekretär stellte die Sache gestern so dar, als wären die Versammlungen in Döke und Linsk nicht aufgelöst worden, sondern von dem Vorsitzenden auf die bloße Bitte des Gendarmen hin, man möge deutsch reden, geschlossen worden. Danach wären ja nun die Vorsitzenden von außerordentlicher Lebenswürdigkeit gegen den Gendarm gewesen. (Heiterkeit.) In Wirklichkeit aber wurden die Versammlungen nur geschlossen, weil dieselben sonst mit tödlicher Sicherheit aufgelöst worden wären. Die dritte Versammlung ist ja nun, wie der Staatssekretär selbst erklärt, aufgelöst worden. Der Reichstanzler soll keinen Anlaß zur Einnischung haben, weil schon der preussische Minister des Innern die Anweisung erlassen habe, es solle fortan nicht mehr lediglich wegen Gebrauches der polnischen Sprache aufgelöst werden. Aber wie kommen die Behörden dieser Anweisung nach? Daß Wählerversammlungen nicht aufgelöst werden dürfen, ist uns gelegentlich gewährleistet. Aber auch sonstige Versammlungen von Polen dürfen nicht aufgelöst werden, denn den Polen ist es nicht verboten, deutsch zu sprechen. Die Versammlung der Wählervereine ist durch die Verfassung geschützt. Die Aufhebungen widerprechen 50-jähriger Gewohnheit und der Entscheidung des Oberverwaltungs-Gerichts von 1876. Hiermit setzt sich die Anweisung des Ministers des Innern in scharfem Widerspruch. Ein solches Verfahren der Verwaltung ist mir noch nicht vorgekommen. Es entspricht das ja freilich dem, was man dem Herrn Minister seine Briefe nicht anhängende, weil er Minister heiße, obwohl über die Identität des Mannes kein Zweifel besteht. Das steht ja beinahe so aus, als bestünde über die preussischen Provinzen der Belagerungsstand. (Beifall.)

Staatssekretär von Bötticher wiederholt, in jenen 2 Fällen hätte der Gendarm nur eine freundliche Bitte an die Versammlung gerichtet. Nach Schluß der einen Versammlung wäre überdies noch ein Schriftstück des Regiments-Präsidenten, in deutscher Sprache, versendet und von allen Anwesenden unterschrieben worden. Weshalb sei man da also dem Wunsch des Gendarmen nicht gefolgt, statt daß man die Versammlung geschlossen habe? In Bezug auf das Ueberwachungsrecht haben wir es durch das bei den Landesbestimmungen verbleiben. § 17 Absatz 1 des Reichswahlrechts gebe also kein unbedingtes Recht, gestalte also auch beispielsweise nicht, daß Wählervereine, entgegen den Vorschriften des preussischen Vereins- und Versammlungsrechts, auch Frauen und Minderjährige beinhalten dürften. (Aufse: Gilt nur für Vereine!) Nun gut, also in Vereinen! Jedenfalls ist doch die Sache erledigt durch die neueste Anweisung des Ministers des Innern. Damit können Sie doch zufrieden sein! Redner rechtfertigt dann nochmals den Entschluß des Ministers vom Oktober 1896 betr. das Ueberwachungsrecht in Wählervereinsversammlungen. Auch Richter seien fehlbar, und deshalb könne es dem Minister nicht verdragen werden, wenn er Mangel polnisch redender Beamten die Frage der polnisch redenden Versammlungen nochmals vor die Gerichte bringen wolle, ehe er die Rinde der Gesetzgebung ergreife.

Abg. von Hohenberg (Welfe) führt Beschwerde über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts im Handverfassen: Auflösung einer Versammlung in Gommersheim, weil ein Redner ein Döke auf den Herzog von Cumberland, einer anderen, weil ein Redner ausfuhrte: Aufgabe der Selbstständigkeit Hannovers als friedlichem gegenwärtigen Wege. Die beiden scharfen Gegner seiner Partei in Hannover seien die königlich preussische Regierung und die Sozialdemokratie, nach deren eigenem Geständnis. Das sei bezeichnend.

Abg. Ströda (Ztr.) protestiert dagegen, daß man die lokalen polnischen Oberlehrer als Reichsfeinde zu bezeichnen wage. Ihre Nationalität freilich und ihre katholische Religion würden sie sich niemals entreißen lassen. Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre. Wir Oberlehrer werden aber trotz aller Maßregelungen und Verdrüssungen, uns zu Protestanten zu machen, nicht aufhören, aufrichtige Unterthanen zu bleiben.

Staatssekretär von Bötticher befreit sich und entscheidet, daß die preussische Regierung solche Verdrüssungen beistimme.

Abg. von Jagdzewski (Pole) geht nochmals auf die Verdrüssungsanweisungen in Linsk und Döke ein. In Linsk habe der Gendarm ausdrücklich vorher erklärt, er habe Befehl, im Falle des Gebrauches der polnischen Sprache aufzulösen. Und in Döke habe nicht der Vorsitzende die Versammlung geschlossen, sondern tatsächlich der Gendarm sei aufgelöst.
Das gestern dem Staatssekretär zugegangene Telegramm gebe den Thatbestand falsch an. Das verfassungsmäßige Versammlungsrecht sei überdies ein ganz absolutes. Mit dem Schlagwort „Agitation“ decke die preussische Regierung Alles. Es werde immer gesagt: Alle sind vor dem Gesetz gleich. Aber dieser schönen Theorie entspreche nicht die Praxis. Die Polen seien nicht „gleich“ vor dem Gesetz. Das bewiesen schon die Ausnahmebestimmungen gegen die Polen, die noch dazu täglich durch die Verdrüssung zum Nachteil der Polen „ergänzt“ würden. Ein Anstich der ominösen Thätigkeit des H. R. T. Vereins sei auch diese Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts. Werde doch der Minister des Innern den Polen frede und unverdrüssige Agitation in Oberlehrern vor! Aber wenn man das Volk knechte, so entfalte eine solche Agitation von selbst, sie brauche nicht von außen zu kommen.

Abg. Stabihagen (Sog.) erklärt den Reichstag nicht nur für berechtigt, sondern verpflichtet, solche ungewöhnlichen Verdrüssungen des Wahlrechts hier zu kennzeichnen. Selbst in dem absoluten Staate habe man nicht gewagt, auszusprechen, daß den Beamten das Privilegium

der Kennntlichlosigkeit in Bezug auf eine nicht-deutsche Sprache nicht genommen werden dürfe. Nach konstanter Praxis habe der überwachende Beamte überhaupt nicht das Recht, etwas zu sagen, eine „freundliche Bitte“ auszusprechen. Und nimmermehr habe der Minister das Recht, Verdrüssungen zu verhindern wegen Mangels an Ueberwachungsbeamten. (Abg. Pauli: Er hat doch das Genehmigungsrecht! Gelächter.) Das wissen Sie noch nicht einmal, Herr Pauli, daß nur eine Anmeldung notwendig ist? Redner bekennt weiter die Handhabung des Versammlungsrechts gegenüber den Sozialdemokraten. Wie hier gegen die Reichsversammlung, die preussische Verfassung und das Reichswahlrecht gehandelt werde, das zeige so recht, welche geistige und sittliche Verdrüssung bei einzelnen preussischen Behörden Blatz gegriffen habe. (Vizepräsident Schmidt: Ich glaube nicht, daß diese Tribüne und die Immunität des Abgeordneten dazu da ist, solche Angriffe gegen Beamte zu richten.) Redner fährt fort: Aber ich muß doch die Handhabung des Versammlungsrechts kennzeichnen dürfen. (Vizepräsident Schmidt: Ich bitte, nicht meine Geschäftsführung zu kritisieren!) Nun, dann bitte ich jedenfalls das Haus, die Arbeiter gegen solche Verdrüssung zu schützen.

Abg. Körner bezeichnet es als unerhört, wie der preussische Minister des Innern grundsätzlich und systematisch dem Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts von 1876 zuwiderhandele, und übt hieran nochmals eingehende scharfe Kritik.

Abg. Bachnick (freis. Bg.): Auch wir haben über unerhörte Verdrüssungen zu klagen. In Hinterpommern sind gerade in dieser Woche in jeder Weise bürgerliche Versammlungen erschwert worden. Wir werden diese Verdrüssungen alleamt nach an der Stelle, wo sie hingehören, zur Sprache bringen. Mit solchen Verdrüssungen germanisiert man auch nicht, noch nicht vorhanden waren. Der Reichstag wird jedenfalls alle Wahlen, die in Folge solcher Verdrüssungen der Wähler zu Stande gekommen sind, zu kassieren haben.

Abg. Lezmann (fr. Volksp.) beleuchtet ebenfalls das herrschende Polizeiregiment. Damit gelinge es weder die Straf-Vorfälle zu germanisieren, noch auch die Polen oder Dänen. Das aber könne man doch auch selbst von einem Polizeiregiment erwarten, daß es das Gesetz innehalte. Und Gesetz sei es doch geworden, Gesetz durch die Jubilatur des Oberverwaltungsgerichts, daß man nicht Versammlungen auflösen dürfe wegen Gebrauches fremder Sprachen. Auch hier zeige sich wieder die Notwendigkeit eines Reichs-Vereins- und Versammlungs-Gesetzes. Nach dem Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts müsse sich der Minister richten, es mag ihm das un bequem sein oder nicht. Das Oberverwaltungsgericht zu einem anderen Erkenntnis zu drängen, wie der Minister es wolle, möge staatsmännisch sein und scharfsinnig, aber moralisch sei das nicht. Es sei unmoralisch, probeweise Angelegenheiten zu begeben.

Staatssekretär v. Bötticher befreit sich, aus Anlaß einer Aeußerung des Vorredners, daß die verbündeten Regierungen ihr Versprechen hinsichtlich Korrektur des Vereinsrechts nicht erfüllt hätten. Der Vorwurf würde überhaupt nur sich gegen eine einzelne Regierung richten können, treffe aber auch die preussische Regierung nicht. Denn diese sei soeben mit der Schlußabgabe eines Gesetzes, durch welches auch § 8 des bestehenden Vereinsgesetzes befreit werden sollte, beschäftigt. Bezüglich des Widerspruchs in den Angaben darüber, ob die Versammlung in Döke wirklich aufgelöst sei oder nicht, werde er sich an den Minister des Innern wenden behufs Aufklärung. Weiter betont Redner nochmals das Ueberwachungsrecht der Behörden. Keinesfalls sei es unzulässig, wenn der Minister eine Veränderung des Erkenntnisses des Oberverwaltungsgerichts von 1876 anstrebe.
Abg. Werner (Antisemit) führt hauptsächlich aus, die Sache werde nicht eher besser werden, als bis wir ein Reichs-, Vereins- und Versammlungs-Gesetz haben.

Nach einigen Bemerkungen der Abgeordneten v. Jagdzewski schließt Abg. Debel, wie ihm als Abg. für Straßburg es dort unmöglich gemacht worden sei, seinen Wählern Bericht zu erstatten.

Nach einigen kurzen Ausführungen v. d. S. endet diese Besprechung.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung: Organisation des Handwerks.

Abg. Hise (Ztr.): Es ist schon der Ruf laut geworden: wenn nur dies, dann lieber gar nichts! Ich könnte mich dem anschließen, wenn ich die Gewissheit hätte, daß wir durch Ablehnung dieser Vorlage mehr erreichen könnten. Aber dieser Annahme steht die Thatsache entgegen, daß schon diese Vorlage im Bundesrat nicht die Zustimmung aller Regierungen gefunden hat. Wir werden allerdings in der Kommission Verbesserungen anstreben, aber wir werden gut thun, die als Abschlagszahlung anzunehmen, um darauf weiter zu bauen, wie wir das ja auch gethan haben beim Kulturkampf, beim Arbeiter-Schutz. Redner verbreitet sich dann über den Befähigungs-nachweis, seine Freunde würden versuchen, ihn in die Vorlage hineinzubringen, würden aber, wenn dazu die Zustimmung der Regierungen nicht erreichbar sei, darauf verzichten, immer wieder mit dem Vorbehalt, das Gebotene nur als Abschlagszahlung anzunehmen. Als erster Antrag für den Befähigungsnachweis seien ja auch die Bestimmungen über Berechtigung zur Führung des Meisterzettels und zur Ausbildung von Lehrlingen denkbar zu begründen. Prinzipielle und praktische Bedenken habe er gegen den Fortbildungsschulzwang. Zu bebauen sei, daß nicht betreffs der obligatorischen Innungen an dem früheren preussischen Entwurf festgehalten worden sei. Innerhalb sei die Vorlage ein Fortschritt gegen heute. Große Hoffnungen lege er auf die Handwerkerkammern. Aber der im § 103 h. vorgelegene Aufsichtskommissar habe zu viel Polizeigewalt. Diese zu beseitigen, werde hoffentlich die Linke des Hauses behilflich sein.

Abg. August (Süd. Volksp.) erkennt an, daß die Vorlage manches Gute enthalte, so die Handwerkskammern und die Bestimmungen über Lehrlings-Ausbildung. Beides entspreche den Wünschen des gesamten Handwerks. Die Herren rechts hätten bisher zu sehr mit der Haupt-

sache gefargt, den Mitteln für einen guten Volksschulunterricht. Dafür, daß die obligatorischen Innungen herausgebracht seien, danke er dem Bundesrat; dieser hätte aber noch weiter gehen und auch die fakultativen Zwangs-Innungen beiseitigen sollen. Mit solchen Straf- und Zwangsbestimmungen schaffe man nur eine neue Kategorie strafwürdiger deutscher Staatsbürger und eine Beschränkung des Selbstbestimmungsrechts in wirtschaftlichen Dingen. Auf dem Lande sei es ganz unmöglich, leistungsfähige Innungen einzurichten. Mache man das Innungsgebiet groß, dann seien auch die Entfernungen zu groß und die Interessen der kleinen Orte treten dann zu sehr zurück. Mache man den Innungsbezirk klein, dann könne die Innung nichts leisten, am allerwenigsten im Vergleich zu den freien Gewerbevereinen. In Württemberg sehe man das auch ein, dort seien von je 1000 Handwerkern nur 13 in Innungen. Das deutsche Handwerk wolle von Zwangsinnungen nun einmal nichts wissen. Und wenn man bedenke, was für jämmerliche und kleinliche Interessen in den Innungen eine Rolle spielten, so werde auch Niemand behaupten wollen, daß das Standesgefühl durch die Innungen gehoben werde. Die Kon-servativen dächten auch nur, wenn man den Handwerker in eine reaktionäre Schablone ein-füge, werde er selber reaktionär werden. Aber der Handwerker wisse, wer seine wahren Freunde seien, auch bei den Wahlen, wo man sich an sie herandränge mit Schlagwörtern wie Mittelstandspolitik.

Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung; dann Invaliditäts-Novelle.
Schluß 5 Uhr.

E. L. Berlin, 30. März.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.
60. Plenar-Sitzung vom 30. März, 11 Uhr.

Im Ministerrath: v. Miquel, Schönstedt.
Die Beratung des Etats des Finanzministeriums wird fortgesetzt in der allgemeinen Erörterung über die Besoldungsvorlage.
Abg. Imwalle (Ztr.) tritt für die Gleichstellung der Eisenbahnverwaltung mit der Verwaltungs-beamten ein.

Abg. Dasbach (Ztr.) fordert Aufhebung der Unterbeamten, denen die Ueberwälte der Eisenbahnverwaltung mit zu Gute kommen müßten.

Finanzminister v. Miquel erklärt diesen Gesichtspunkt in Jahren mit Fehlbeträgen für die Beamten für gefährlich.

Abg. Reichardt-Magdeburg (natl.) führt aus, daß in der Kommission nur sehr wenige Wünsche des Hauses berücksichtigt worden seien. Das liege namentlich in der Haltung des Abg. Ehlers.

Abg. von Rippenhausen (L.) hält die Bestimmungen über die Regelung der Professoren-Gehälter für ungerecht und unbillig, ebenso Abg. Dietrich (Ztr.).
Abg. Frhr. von Richtigshofen (L.) erklärt, daß die konservative Partei hinsichtlich der Professoren-Gehälter an den Kommissions-beschlüssen festhalte, im Gegensatz zum Abg. von Rippenhausen.

In der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Abg. Dasbach, Ehlers, Simon von Jastrow (L.), Schmidt-Warburg und Schreiber (fr.).

Abg. von Rippenhausen tritt die Einzelberatung ein.

Bei dem Titel „Staatssekretär im Justizministerium“ bittet

Abg. Gels (natl.) den Justizminister um Aufklärung über den Prozeß gegen den Privatsekretär Pfah in Hannover, der sich rühme, Begnadigungen erwirken zu können.

Justizminister Schönstedt: Für Begnadigungen sind nur sachliche Gründe maßgebend. Auch in dem Falle, der dem Prozeß Pfah zu Grunde lag, ist ein anderes Verfahren nicht beobachtet worden. Nachdem verschiedene Begnadigungs-gesuche abgelehnt waren, verbesserte sich der Zustand des Verletzten in solcher Weise, daß dem richterlichen Urtheil in Bezug auf die Straf bemessung der Boden entzogen wurde. Ich habe deshalb selbst den Straferlaß befürwortet. Der Pfah hat auf die Begnadigung auch nicht den geringsten Einfluß ausgeübt.

Abg. Graf Limburg (L.) greift den Justizminister wegen dieser Aufklärungen an. Woher sollte es führen, wenn die Regierung in dieser Weise gleich auf jeden beliebigen Zeitungs-artikel reagieren wollte! Die Handhabung des Begnadigungsrechts der Krone müßte überhaupt jeder öffentlichen Besprechung entzogen sein. (Beifälliger Beifall rechts.)

Justizminister Schönstedt: Es handelt sich hier nicht um die Handhabung eines Kron-rechts durch S. Majestät, sondern um die vorbereitende Thätigkeit meiner Räthe, welche die Gesetze zunächst zu bearbeiten haben. Und da betrachte ich es als meine Pflicht, die erste Gelegenheit zu ergreifen, um sie auch nicht einen Tag länger unter einem solchen Verdacht leben zu lassen. (Beifälliger Beifall im Centrum und links.)

Abg. Dr. Gels: Es handelt sich hier auch nicht um irgend einen beliebigen Zeitungs-artikel, sondern um ein ganz objektiv gehaltenes Referat über eine Gerichtsverhandlung und öffentliche Aeußerungen eines Staatsanwalts.

Der Titel wird bewilligt, desgleichen fast debattelos eine große Reihe weiterer Positionen nach den Kommissionsbeschläüssen.

Bei dem Gehalts-Etat für die Regierungs-räthe und andere gleichgestellte Beamten beantragt

Abg. Gothein (fr. Bg.) einen Vermerk, wonach der Gehaltsbemessung für jene technischen Beamten ein Dienstalter in ihrer jetzigen Stellung zu Grunde gelegt werde, das von ihrem Staats-eramen ab gerechnet werden soll unter Abzug von 10 Jahren.

Gch. Rath Delian bittet, den Antrag abzulehnen.

Abg. Bartels (konf.) spricht sich in demselben Sinne aus und wendet sich dann gegen einen Antrag v. d. Aht (Ztr.).

Finanzminister v. Miquel betont, daß es

sich hier um eine Kapitalfrage für die Stellungnahme der Regierung handle. Wenn die Oberlandesgerichts-räthe nicht mehr Gehalt hätten als manche Regierungs-räthe, die gleich vom Minister aus in diese Stellung gelangen, so hätten sie doch ein viel höheres Anfangsgehalt als letztere. Falls diese Vorlage, so falle auch die Aufbesserung der Richtergehälter.

Abg. Dr. Martens (natl.) erklärt, mit einem kleineren Theil seiner Freunde für den Antrag Gothein stimmen zu wollen.

Abg. Imwalle (Ztr.) empfiehlt kurz den Antrag v. d. Aht.

Justizminister Schönstedt hält die Erhöhung der Richtergehälter von 6300 auf 6600 Mark für befriedigend.

Nach einer zweiten Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Gothein und dem Minister v. Miquel erklärt

Abg. Dr. Friedberg (natl.), daß er mit einem kleineren Theil seiner Freunde für den Zentrumsantrag, die Mehrheit derselben aber für die Kommissionsbeschläüsse stimmen werde, weil jetzt von der Regierung doch nichts Besseres zu erreichen sei.

Bei der Abstimmung werden die Anträge Gothein und v. d. Aht abgelehnt, es bleibt bei den Kommissionsbeschläüssen, ebenso bei den Landes- und Amtsrichtern.

Sodann vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Zur Bewegung auf Kreta.

Berlin, 30. März. Nach einer Meldung aus Kanea verlegte der deutsche Dampfer „Kaiserin Augusta“ heute seinen Ankerplatz von der Süda-Bai nach Kanea.

Köln, 30. März. Die „Köln. Ztg.“ schreibt zu den kretischen Wirren, heute handle es sich um die Frage, welche Mächte die zur Dämpfung des Aufstandes unumgänglich notwendigen Truppen stellen sollten. Von Deutschland könne dies nicht verlangt werden. Seine unmittelbaren Interessen im Orient seien zu gering. Wer den Nutzen habe, solle auch den Schaden tragen. Das Blatt verichert, trotz der friedlichen, aus den amtlichen Kreisen Bulgariens und Serbiens kommenden Meldungen sei bei dem Ausbruch eines offenen Krieges zwischen Griechenland und der Türkei eine kriegerische Bewegung in Mace-donien, welche vielleicht beide Staaten in ihre Wirbel ziehen könne, nicht ausgeschlossen. — Derselben Blatte wird aus Petersburg gemeldet: Die Ansichten über das Eingreifen des europäischen Großmächts bei Malaga gehen in der russischen Presse ziemlich auseinander. Die „Petersburger Zeitung“ sagt, man könne mit den bisherigen Ergründungen der europäischen Diplomatie zufrieden sein, da diese erreicht habe, daß Kreta nicht den Engländern in die Hände falle.

London, 30. März. Die „Times“ melden aus Salonichi vom 29. d. M.: Die Lage wird täglich kritischer; es sind nunmehr 50 000 Mann um Gassona verammelt und 300 Kriegerische Geschütze zwischen Gassona und Arta vertheilt. Man fürchtet, die griechischen Irregulären würden Raubzüge über die Grenze unternehmen.

Der „Standard“ meldet aus Konstantinopel von gestern: Der Sultan hat ein Träde erlassen, wonach alle Urtheilsprüche, welche mit der Angelegenheit des Gemekels von Tofat zusammenhängen, von dem Sultan selbst und nicht von der Untersuchungskommission gefällt werden sollen.

London, 30. März. In Brindisi und Antona liegen massenhaft deutsche Waaren, welche Levantiner Griechen nicht abnehmen.

Als der Kronprinz in Volo einfuhr, habe das Volk gerufen: „Kein Fürstenthum, nieder mit Dismard!“

Salonichi, 29. März. Wie aus glaubwürdigen Privatmeldungen hervorgeht, machen sich bereits in der griechischen Armee in Thessalien Verpflegungsschwierigkeiten geltend. Da es der Intendantur an allem gebricht, wurde sie aufgelöst. Die einzelnen Regimenter schreien zur Zwangsverpflegung und nehmen, wo sie etwas finden. Die Kriegsgefahr wächst dadurch.

Salonichi, 30. März. Die Armierung der hiesigen Bucht gegen ein zu erwartendes Bombardement seitens der griechischen Flotte ist beendet. Bei Arta sind 20 000 Mann türkische Truppen konzentriert. Hier auf dem Berge Sirakovali aufgestellte Batterien bedrohen die Stadt. Kein Bewohner Artas darf mehr die Brücke, welche die Grenze bildet, überqueren.

Athen, 30. März. Die Vertreter der Mächte sind seit 8 Tagen zu keiner Sitzung mehr zusammengetreten. Die herrschende Meinung in Athen ist durchweg pessimistisch.

Die Situation gestaltet sich für die Regierung in Folge des Gerüchts, daß der König dem Druck der Großmächte nachzugeben gewillt sei, äußerst bedrohlich. Es zirkulieren bereits Gerüchte, daß, falls der Befehl zum Rückzuge der griechischen Armee gegeben werden sollte, der größte Theil derselben den Geborsam verweigern und sich in ein Insurgentenheer verwandeln würde, am sofort in Mace-donien einzufallen.

Ministerpräsident Delhannis und der Kriegsminister beabsichtigen, sich auf einige Tage nach der Grenze zu begeben.

Deutschland.

Berlin, 30. März. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz betreffend die Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen zur Schuldentilgung.

Der Vaterländische Frauenverein hielt heute im Ministerium der öffentlichen Arbeiten seine Delegiertenversammlung ab. Vor Beginn der Sitzung erschienen die Kaiserin und die Prinzessin Albrecht. Ersterer zeichnete viele der Anwesenden durch Ansprachen aus und unterhielt sich mit ihnen über die Thätigkeit der verschiedenen von ihnen vertretenen Zweigvereine.

	Bank-Discount.	Rechnung.
622,306 5	Reichsbank 3 1/2, Lombard	Rechnung.
589,606 5	do. 4 1/2, 4 1/2,	do.
533,750 5	Privatbank 2 1/2,	do.
524,750 5	Amsterdam 8 T. 2 1/2,	163,450
73,000 5	do. 2 M. 2 1/2,	167,700
53,300 5	Wien, Brügge 8 T. 2 1/2,	80,850
115,000 5	do. 2 M. 2 1/2,	55,600
127,006 5	Lombard 8 T. 2 1/2,	30,350
178,000 5	do. 8 M. 2 1/2,	23,275 5
198,250 5	Paris 8 T. 2	50,950
165,750	do. 2 M. 2	30,650
—	Wien, d. B. 8 T. 2	170,200
203,070	do. 2 M. 2	—
129,100	Schweiz, B. 8 T. 3	80,650
129,250	Ital. Pl. 10 T. 4	76,650 5
134,006 5	Petersburg 8 T. 4 1/2,	215,750
168,000	do. 8 M. 4 1/2,	232,600
127,250 5		

